

V0495/22

**Grundsatzbeschluss über die Aufstellung eines Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP)**  
**(Referentin:Frau Wittmann-Brand)**

**Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 13.07.2022**

Stadtrat Stachel wolle nicht direkt auf das Projekt SUMP eingehen, sondern verweist auf die grundsätzliche Problematik. Er sehe vermehrt, dass man sich in sehr vielen Bereich permanent mit neuen grundsätzlichen Fragen beschäftige. Dabei verweist er auf große Planungen, große Projekte die losgetreten und auch durchorganisiert werden und vor allen Dingen auch seitens der Verwaltung umgesetzt werden müssen. Dies sei nicht unbedingt das Problem des SUMP-Projekts, sondern etwas Generelles. An diesem Beispiel werde es allerdings deutlich. Stadtrat Stachel verweist auf den früheren Verkehrsentwicklungsplan, welcher nun auf eine ganz andere Ebene gehoben werde. Es werde zusätzliches Personal benötigt, da das Ganze komplexer sei. Stadtrat Stachel sehe dies auch so, appelliere aber an alle zu überdenken, ob man in der Lage sei, dass alles was an Planungen angestoßen werde, in den unterschiedlichsten Gremien und Referaten, zu ermöglichen. Dabei verweist er auf das Nachhaltigkeits- und Klimakonzept. Stadtrat Stachel höre seitens der Verwaltung, dass diese nicht mehr alles schaffe. Insofern stelle sich die Frage, ob es zu wenige Personal oder zu viele Aufgaben- und Fragestellungen gebe. Stadtrat Stachel glaube, dass die Wahrheit in der Mitte liege. Man wolle zu viel, habe aber an der einen oder anderen Stelle zu wenig Personal. Allerdings sei dies mit einer Stellenschaffung nicht getan. Die Stellen funktionieren nur, wenn diese auch besetzt werden können. Dies sei seines Erachtens die nächste Herausforderung. Es werden hohe Ansprüche gestellte und insofern bittet er um Reflektion dessen.

Hier sei sicherlich etwas dran, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Allerdings sei das Mobilitätsthema ein ungünstiges Beispiel, da dies sehr wichtig sei. Es sei klar, dass man hohe Ansprüche habe, aber ob wirklich jede Aufgabe so angenommen werden müsse, könne hinterfragt werden. Weiter verweist Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf die Entwicklung der Stadtratsanträge, welche exorbitant ansteige. Er sichert für den nächsten Ältestenrat eine Statistik dessen zu.

Stadträtin Peters wünsche sich hier das unternehmerische Denken. Denn was wären die Alternativen, wenn man sich keine hohen Ziele setzte. Sie habe lieber ein 80 Prozent-Ziel, welches sie erreiche, als 100 Prozent nie. Es gehe darum, dass Ziele gesetzt werden. Anders funktioniere dies nicht. Sie finde das Ziele hochgesetzt sein müssen. Man habe jetzt so viele Dinge und eine so große Mannschaft in der Stadt, die wisse wo es hingehere. Die Zielrichtung müsse klar sein. Stadträtin Peters habe in der Vergangenheit die Zielsetzung vermisst. Jetzt zu sagen, man bekomme kein Personal und deswegen werde nicht ausgeschrieben, sei die falsche Einstellung.

Stadtrat Schüller gehe davon aus, dass diese neue Stelle nicht im Stellenplan abgedeckt sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass diese inbegriffen ist. Dabei verweist er auf den Beschluss des Stellenplans im Juni mit dem Hinweis, dass in drei Bereichen noch

Stellen folgen. Hierbei handelt es sich unter anderem um diese Stelle. Bei Vorlage des Stellenplans sei dies noch nicht eingearbeitet gewesen.

Stadtrat Schülter fragt nach ob dies im Puffer der drei Prozent liege.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass man bei 2,7 Prozent gewesen sei. Mit der Deckelung liege man dann bei drei Prozent. Er teilt mit, künftig nicht auf Prozentzahlen, sondern auf Personalquoten zu achten. Die Personalausgaben sollen ins Verhältnis zum Verwaltungshaushalt gesetzt werden. Dass die Kurve nach oben gehe, sei ersichtlich und müsse ins Verhältnis zur Höhe des Verwaltungshaushalts gesetzt werden. Hier bewege man sich im Korridor von 40 Prozent. Dies sei seit vielen Jahren eine stabile Größe. Es müsse nur angepasst werden, dass man nicht über die 40 Prozent hinausgehe.

Stadtrat Wittmann merkt grundsätzlich an, dass beim Verwaltungshaushalt auf die steigenden Sachausgaben geachtet werden müsse. Bei hohen Gewerbesteuerereinnahmen sinke der Anteil der Personalkosten. Dies sei allerdings nicht das letzte Ergebnis, aber eine Richtgröße werde benötigt. Was Stadtrat Wittmann aber Störe sei, dass hinsichtlich der Stellen eigentlich erst der Personalausschuss darüber beraten solle und dieser nach dem Finanzausschuss tage. Der Finanzausschuss könne hinsichtlich der Kosten urteilen, aber die eigentliche Diskussion erfolge erst morgen im Personalausschuss. Er finde es besser, dies in einem Ausschuss zu behandeln. Seines Erachtens ist der Finanzausschuss hier nicht mehr zuständig.

Beide Ausschüsse haben hier nur ein vorberatendes Votum. Der Stadtrat könne dies immer noch ablehnen, so der Oberbürgermeister.

Herr Kuch könne es grundsätzlich verstehen, dass die Entscheidung zu den Stellen der Stadtrat fälle. In beiden Fällen handelt es sich um eine Vorberatung. Die Entscheidung dies in beide Gremien mit einzubringen hänge damit zusammen, dass dieses Projekt in Gänze gesehen werden müsse. Es gehe hier nicht nur um die Stellenwirksamkeit, sondern auch um die Finanzen. Aus diesem Grund habe man sich dafür entschieden, dies in beide Ausschüsse mit einer unterschiedlichen Färbung einzubringen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.